

Auf unserer Homepage können Sie uns den unterschriebenen und eingescannten Berufsausbildungsvertrag schnell und einfach übermitteln:

www.hwk-hannover.de/lehrvertragonline

Gehen Sie wie folgt vor:

1. Bitte unterschreiben Sie, Ihre Auszubildende/Ihr Auszubildender und ggf. die gesetzlichen Vertreter (Eltern) alle Ausfertigungen des Berufsausbildungsvertrages. Gern können Sie der/dem Auszubildenden gleich ein Exemplar aushändigen.
2. Anschließend scannen Sie bitte nachfolgende unterschriebene Unterlagen als **eine** PDF-Datei ein:
 - Antrag zur Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse
 - Berufsausbildungsvertrag
 - ggf. notwendige Anlagen (siehe unten)
3. Auf unserer Homepage finden Sie das Symbol "Dokumenten-Upload" zum Hochladen aller Dokumente in einer PDF-Datei unter dem oben genannten Link.
4. Nach Bearbeitung des Berufsausbildungsvertrages erhalten Sie von uns eine separate Eintragungsbestätigung zugesendet.



Für die Eintragung des Berufsausbildungsvertrages benötigen wir nachfolgende Unterlagen:

- Vom Betrieb unterschriebenen Antrag zur Eintragung (Seite 1 des Berufsausbildungsvertrages)
- Ein Exemplar des unterschriebenen Berufsausbildungsvertrages
- Kopie der gültigen Erst- bzw. Nachuntersuchung nach Jugendarbeitsschutzgesetz (bei minderjährigen Auszubildenden).
Hinweis: Ohne gültige Erst- bzw. Nachuntersuchung dürfen Sie den Jugendlichen nicht beschäftigen.
- Kopie der Anrechnungsnachweise auf die Ausbildungszeit (z.B. Zeugnisse, Kündigung der vorherigen Ausbildung, etc.).
- Kopie der vollständigen Ausbilderunterlagen (z.B. Meisterprüfungszeugnis und Kopie vom Arbeitsvertrag), sofern uns diese noch nicht vorliegen.

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir ohne vollständige Unterlagen den Berufsausbildungsvertrag nicht bearbeiten bzw. eintragen können.

Für Rückfragen stehen wir Ihnen gern zur Verfügung:
Telefon: 0511 34859- 424, -425 und -458

Antrag zur Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse (Lehrlingsrolle)

Ausbilder

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>
Name, Vorname des Ausbilders	Geburtsname	geb. am	Geschlecht
<input type="text"/>		<input type="checkbox"/> Vollzeit	<input type="checkbox"/> Teilzeit
Ausbildungsberechtigung			
Achtung: Falls der Ausbilder neu benannt wird, bitte Belege über Ausbildungsberechtigung und Anstellungsvertrag beifügen.			

Betrieb

<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	<input type="text"/>	Wir sind ein Betrieb des öffentlichen Dienstes	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
Jahr	Anzahl	Anzahl	Anzahl	Erstausbilder	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein
	Gesamtzahl der Beschäftigten einschl. Inhaber, ohne Auszubildende	davon sind Fachkräfte im Ausbildungsberuf (einschl. Meister)	Zahl der vor diesem Vertragsabschluss bereits bestehenden Ausbildungsverhältnisse in diesem Ausbildungsbetrieb	Umsatz im Vorjahr unter 50 Mio €	<input type="checkbox"/> ja	<input type="checkbox"/> nein

Auszubildender

Vorbildung:	Berufsvorbereitung, berufliche Grundbildung	Vorherige Berufsausbildung
Höchster Schulabschluss	mindestens 6 Monate (Mehrfachnennungen möglich)	(Mehrfachnennungen möglich)
<input type="checkbox"/> ohne Schulabschluss (einschl. Sonderschulabschluss)	<input type="checkbox"/> keine Teilnahme	<input type="checkbox"/> keine
<input type="checkbox"/> Hauptschulabschluss	<input type="checkbox"/> betriebliche Qualifizierungsmaßnahme (z. B. EQJ, Qualifizierungsbausteine)	<input type="checkbox"/> abgeschlossene betriebliche Berufsausbildung als <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Realschulabschluss oder vergleichbarer Abschluss	<input type="checkbox"/> Berufsvorbereitungsmaßnahme nach SGB III (Maßnahme der Bundesagentur für Arbeit)	<input type="checkbox"/> nicht abgeschlossene betriebliche Berufsausbildung als <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Fachhochschul-/Hochschulreife (Abitur/Fachabitur)	<input type="checkbox"/> schulische Berufseinstiegsschule (BES-ehemals Berufsvorbereitungsjahr)	<input type="checkbox"/> abgeschlossene Berufsausbildung in schulischer Form als <input type="text"/>
<input type="checkbox"/> Sonstiger bzw. im Ausland erworbener Abschluss, der den o. g. Abschlüssen nicht zuzuordnen ist	<input type="checkbox"/> Berufsfachschule (Zeugnis beifügen)	Vorheriges Studium
		<input type="checkbox"/> abgeschlossenes Studium
		<input type="checkbox"/> nicht abgeschlossenes Studium

Der Auszubildende besucht künftig die **Berufsschule** in:

Lehrjahr 1:	<input type="text"/>	Lehrjahr 2:	<input type="text"/>
-------------	----------------------	-------------	----------------------

Öffentliche Förderung des Ausbildungsverhältnisses (monatlich, regelmäßig, >50 % der Kosten)

<input type="checkbox"/> keine , da überwiegend betriebliche Finanzierung	<input type="checkbox"/> ja , und zwar durch:
	<input type="checkbox"/> Sonderprogramme des Bundes/ Landes/ Kommunen
	<input type="checkbox"/> außerbetriebliche Berufsausbildung nach §76 SGB III (i.d.R. von Bundesagentur für Arbeit geförderte Maßnahmen)
	<input type="checkbox"/> Berufsausbildung für behinderte Menschen bzw. Reha nach §117 SGB III

Erklärung des Auszubildenden:

Die Einrichtungen unserer Ausbildungsstätten bieten – ggf. zusammen mit den im Berufsausbildungsvertrag aufgeführten Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte – die Voraussetzung, dass die erforderlichen Kenntnisse, Fertigkeiten und Fähigkeiten nach der Ausbildungsordnung und dem Ausbildungsrahmenplan in vollem Umfang vermittelt werden können. In der Person des Auszubildenden (Auszubildender ist der Vertragsschließende – bei juristischen Personen die vertretungsberechtigten Organe) und des von ihm ggf. bestellten Ausbilders bzw. Ausbildungsbeauftragten liegen keine

Gründe vor, die der Ausbildung im Sinne des Berufsbildungsgesetzes entgegenstehen. Insbesondere besteht kein Verbot, Kinder und Jugendliche zu beschäftigen. Alle später eintretenden wesentlichen Änderungen des Berufsausbildungsvertrags werden der Handwerkskammer unverzüglich mitgeteilt.



Datum/Unterschrift des Auszubildenden
(Ausbildungsbetrieb)





Berufsausbildungsvertrag

Zwischen dem **Ausbildungsbetrieb** (Ausbildenden)**

und dem **Auszubildenden****

Betriebsnr. nach § 18 I SGB IV Betriebsnr. (Handwerkskammer)

Firma / Name

Straße, Haus-Nr.

PLZ Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Ausbilder Name, Vorname

Ausbildungsstätte, wenn vom **Betriebssitz** abweichend:

Ausbildungsstätte Straße, Haus-Nr. Ausbildungsstätte Telefon

Ausbildungsstätte PLZ Ausbildungsstätte Ort

Geburtsdatum Staatsangehörigkeit Geschlecht

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ Ort

Telefon / E-Mail

Ärztliche Erstuntersuchung ☐ ja ☐ nein ☐ muss beigefügt sein, wenn noch nicht 18 Jahre alt (§ 32 Abs.1 JArbSchG) ☐ nicht beigefügt, da volljährig

Gesetzlicher Vertreter #1

Art Gesetzlicher Vertreter

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Gesetzlicher Vertreter #2

Art Gesetzlicher Vertreter

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

wird nachstehender Vertrag zur Ausbildung

im Ausbildungsberuf

ggf. mit Fachrichtung/Schwerpunkt

ggf. Wahlpflichtbaustein

nach Maßgabe der Ausbildungsordnung geschlossen. Die **Führung des Ausbildungsnachweises (Berichtsheft)** erfolgt: ☐ schriftlich ☐ elektronisch

A Die **Ausbildungszeit** beträgt nach der Ausbildungsordnung

☐ 3 1/2 Jahre = 42 Monate ☐ 3 Jahre = 36 Monate ☐ 2 Jahre = 24 Monate = Monate

Ausbildungsform: Durch die Teilzeit **verlängert** sich der Vertrag um Monate

Diese Ausbildungszeit **verringert** sich durch: (Nachweise bitte in Kopie beifügen)

☐ Vorherige Ausbildung als/bei Firma / Ort vom bis - Monate

☐ Berufliche Vorbildung - Monate

☐ Andere Gründe (Sek. I-Realschulabschluss, Fach-/Hochschulreife, Alter über 21) - Monate / Tage

(Maximale Verkürzung aufgrund Sek. I-Realschulabschluss 6 Monate, aufgrund Fach-/Hochschulreife 12 Monate)

somit dauert die **tatsächliche Ausbildungszeit** vom (Beginn) bis (Ende) = Monate

B Die **Probezeit** beträgt ☐ 1 Monat ☐ 2 Monate ☐ 3 Monate ☐ 4 Monate

C Die regelmäßige **tägl.** Ausbildungszeit beträgt Std. Min., die regelmäßige **wöchentl.** Ausbildungszeit beträgt Std. Min.

D Der Auszubildende zahlt dem Auszubildenden eine angemessene **Vergütung** (§ 5). Diese beträgt zurzeit monatlich brutto: € Im 1. Ausbildungsjahr € Im 2. Ausbildungsjahr € Im 3. Ausbildungsjahr € Im 4. Ausbildungsjahr

☐ Für das Gewerk des/der Auszubildenden besteht kein Tarifvertrag.

☐ Die Vergütung setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen, die in einer Anlage zum Ausbildungsvertrag (s. Feld F) aufgeführt werden, zusammen.

E Die **Urlaubsdauer** richtet sich mind. nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, dem Bundesurlaubsgesetz bzw. nach den anzuwendenden Tarifverträgen. Der Auszubildende gewährt dem Auszubildenden nachfolgend aufgeführten Urlaub. Es besteht Anspruch auf:

Kalenderjahr

F **Sonstige Vereinbarungen** (siehe § 11); Hinweise auf anzuwendende **Tarifverträge**, Betriebsvereinbarungen (siehe § 11); Angaben zur Zusammensetzung der Vergütung

1) Zutreffendes bitte ankreuzen *) Das Ausfüllen der weiß hinterlegten Felder ist freiwillig. **) Aus Lesbarkeitsgründen wird auf die weibliche Form verzichtet.

Die vorstehenden und nachfolgenden Vereinbarungen/Erklärungen sind Gegenstand dieses Vertrags und werden anerkannt. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird bestätigt. Ich erteile meine Einwilligung zur Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung aller mit diesem Vertrag mitgeteilten Daten zur Verwendung im Rahmen der HWO § 28 und der §§ 35, 87 und 88 BBiG, von deren Inhalt ich Kenntnis genommen habe.

☒ Ort, Datum ☒ Lehrling (Auszubildender) – Unterschrift

☒ Ausbildungsbetrieb (Ausbildender) – Unterschrift/ Stempel ☒ Gesetzlicher Vertreter 1 – Unterschrift ☒ Gesetzlicher Vertreter 2 – Unterschrift



Berufsausbildungsvertrag

Zwischen dem **Ausbildungsbetrieb** (Ausbildenden)**

und dem **Auszubildenden****

Betriebsnr. nach § 18 I SGB IV Betriebsnr. (Handwerkskammer)

Firma / Name

Straße, Haus-Nr.

PLZ Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Ausbilder Name, Vorname

Ausbildungsstätte, wenn vom Betriebssitz abweichend:

Ausbildungsstätte Straße, Haus-Nr. Ausbildungsstätte Telefon

Ausbildungsstätte PLZ Ausbildungsstätte Ort

Geburtsdatum Staatsangehörigkeit Geschlecht

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ Ort

Telefon / E-Mail

Ärztliche Erstuntersuchung ☐ ja ☐ nein ☐ muss beigefügt sein, wenn noch nicht 18 Jahre alt (§ 32 Abs.1 JArbSchG) ☐ nicht beigefügt, da volljährig

Gesetzlicher Vertreter #1

Art Gesetzlicher Vertreter

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Gesetzlicher Vertreter #2

Art Gesetzlicher Vertreter

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

wird nachstehender Vertrag zur Ausbildung
im Ausbildungsberuf

ggf. mit Fachrichtung/Schwerpunkt

ggf. Wahlpflichtbaustein

nach Maßgabe der Ausbildungsordnung geschlossen. Die Führung des Ausbildungsnachweises (Berichtsheft) erfolgt: ☐ schriftlich ☐ elektronisch

A Die **Ausbildungszeit** beträgt nach der Ausbildungsordnung

☐ 3 1/2 Jahre = 42 Monate ☐ 3 Jahre = 36 Monate ☐ 2 Jahre = 24 Monate = Monate

Ausbildungsform: Durch die Teilzeit verlängert sich der Vertrag um Monate

Diese Ausbildungszeit verringert sich durch: (Nachweise bitte in Kopie beifügen)

☐ Vorherige Ausbildung als/bei Firma / Ort vom bis - Monate

☐ Berufliche Vorbildung - Monate

☐ Andere Gründe (Sek. I-Realschulabschluss, Fach-/Hochschulreife, Alter über 21) - Monate / Tage

(Maximale Verkürzung aufgrund Sek. I-Realschulabschluss 6 Monate, aufgrund Fach-/Hochschulreife 12 Monate)

somit dauert die **tatsächliche Ausbildungszeit** vom (Beginn) bis (Ende) = Monate

B Die **Probezeit** beträgt ☐ 1 Monat ☐ 2 Monate ☐ 3 Monate ☐ 4 Monate

C Die regelmäßige **tägl.** Ausbildungszeit beträgt Std. Min., die regelmäßige **wöchentl.** Ausbildungszeit beträgt Std. Min.

D Der Auszubildende zahlt dem Auszubildenden eine angemessene **Vergütung** (§ 5). Diese beträgt zurzeit monatlich brutto:

€ Im 1. Ausbildungsjahr € Im 2. Ausbildungsjahr € Im 3. Ausbildungsjahr € Im 4. Ausbildungsjahr

Für das Gewerk des/der Ausbildungsbetriebes besteht kein Tarifvertrag.

☐ Die Vergütung setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen, die in einer Anlage zum Ausbildungsvertrag (s. Feld F) aufgeführt werden, zusammen.

E Die **Urlaubsdauer** richtet sich mind. nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, dem Bundesurlaubsgesetz bzw. nach den anzuwendenden Tarifverträgen. Der Ausbildungsbetrieb gewährt dem Auszubildenden nachfolgend aufgeführten Urlaub. Es besteht Anspruch auf:

Kalenderjahr

F **Sonstige Vereinbarungen** (siehe § 11); Hinweise auf anzuwendende **Tarifverträge**, Betriebsvereinbarungen (siehe § 11);
Angaben zur Zusammensetzung der Vergütung

*) Das Ausfüllen der weiß hinterlegten Felder ist freiwillig. **) Aus Lesbarkeitsgründen wird auf die weibliche Form verzichtet.

Die vorstehenden und nachfolgenden Vereinbarungen/Erklärungen sind Gegenstand dieses Vertrags und werden anerkannt. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird bestätigt. Ich erteile meine Einwilligung zur Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung aller mit diesem Vertrag mitgeteilten Daten zur Verwendung im Rahmen der HWO § 28 und der §§ 35, 87 und 88 BBiG, von deren Inhalt ich Kenntnis genommen habe.

☒ Ort, Datum ☒ Lehrling (Auszubildender) – Unterschrift

☒ Ausbildungsbetrieb (Ausbildender) – Unterschrift/ Stempel ☒ Gesetzlicher Vertreter 1 – Unterschrift ☒ Gesetzlicher Vertreter 2 – Unterschrift

Weitere Vertragsbestimmungen

§ 1 Ausbildungsdauer

1. Verkürzung der Ausbildungsdauer (siehe A')

Eine vorhergehende Berufsausbildung kann auf die Ausbildungsdauer angerechnet werden, sofern die dem Vertrag zugrunde liegende Ausbildungsordnung eine Anrechnungsmöglichkeit nach § 26 Abs. 2 Nr. 4 HwO oder § 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG vorsieht.

Die Länder können durch Rechtsverordnung bestimmen, ob Bewerberinnen/Bewerber einen Rechtsanspruch auf Anrechnung beruflicher Vorbildung durch Besuch eines Bildungsganges berufsbildender Schulen oder der Berufsausbildung in einer sonstigen Einrichtung haben bzw. ob eine obligatorische Anrechnung erfolgt. Spätestens ab 1. August 2009 bedarf eine Anrechnung des gemeinsamen Antrages der Auszubildenden und Auszubildenden (§ 7 BBiG).

Nach § 27c Abs. 1 HwO bzw. § 8 Abs. 1 BBiG hat die Handwerkskammer auf gemeinsamen Antrag der/des Auszubildenden und Auszubildenden die Ausbildungsdauer zu verkürzen, wenn zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in der verkürzten Zeit erreicht wird.

2. Dauer und Probezeit (siehe A' und B')

Wird die Ausbildung während der Probezeit um mehr als ein Drittel dieser Zeit unterbrochen, so verlängert sich die Probezeit um den Zeitraum der Unterbrechung.

3. Vorzeitige Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses

Besteht die/der Auszubildende vor Ablauf der unter A' vereinbarten Ausbildungszeit die Gesellenprüfung/ Abschlussprüfung, so endet das Berufsausbildungsverhältnis mit Bekanntgabe der Ergebnisse durch den Prüfungsausschuss.

4. Verlängerung des Berufsausbildungsverhältnisses

Besteht die/der Auszubildende die Gesellenprüfung/Abschlussprüfung nicht, so verlängert sich das Berufsausbildungsverhältnis auf sein Verlangen bis zur nächstmöglichen Wiederholungsprüfung, höchstens um ein Jahr.

§ 2 Pflichten des Auszubildenden

Die/der Auszubildende verpflichtet sich,

1. Ausbildungsziel

dafür zu sorgen, dass der/dem Auszubildenden die berufliche Handlungsfähigkeit vermittelt wird, die zum Erreichen des Ausbildungsziels nach der Ausbildungsordnung erforderlich ist, und die Berufsausbildung nach den beigefügten Angaben zur sachlichen und zeitlichen Gliederung des Ausbildungsablaufs so durchzuführen, dass das Ausbildungsziel in der vorgesehenen Ausbildungszeit erreicht werden kann.

2. Ausbilderin/Ausbilder

selbst auszubilden oder eine/einen persönlich und fachlich geeignete/n Ausbilderin/Ausbilder ausdrücklich damit zu beauftragen und diese/diesen der/dem Auszubildenden jeweils schriftlich bekannt zu geben. Unter der Verantwortung der Ausbilderin oder des Ausbilders kann bei der Berufsausbildung mitwirken, wer selbst nicht Ausbilderin oder Ausbilder ist, aber die für die Vermittlung von Ausbildungsinhalten erforderlichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt und persönlich geeignet ist.

3. Ausbildungsordnung

der/dem Auszubildenden vor Beginn der Ausbildung die Ausbildungsordnung kostenlos auszuhandigen.

4. Ausbildungsmittel

Der/dem Auszubildenden kostenlos die Ausbildungsmittel, insbesondere Werkzeuge, Werkstoffe und Fachliteratur zur Verfügung zu stellen, die für die Ausbildung in den betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten und zum Ablegen von Zwischen- und Gesellenprüfungen/Abschlussprüfungen, auch soweit solche nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses und in zeitlichem Zusammenhang damit stattfindend, erforderlich sind.

5. Besuch der Berufsschule und von Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte (überbetriebliche Unterweisung), Prüfungen

die Auszubildenden zum Besuch der Berufsschule und zum Besuch von angeordneten Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte anzuhalten und freizustellen bzw. nicht zu beschäftigen. Auszubildende für die Teilnahme an Prüfungen und an dem Arbeitstag, der der schriftlichen Gesellenprüfung/Abschlussprüfung vorangeht, freizustellen.

6. Führung von schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweisen

schriftliche oder elektronische Ausbildungsnachweise der/dem Auszubildenden für die Berufsausbildung kostenfrei zur Verfügung zu stellen und ihr/ihm Gelegenheit zu geben, die Ausbildungsnachweise während der Ausbildung am Arbeitsplatz zu führen. Die Auszubildenden zum ordnungsgemäßen Führen der Ausbildungsnachweise anzuhalten und dies durch regelmäßige Abzeichnungen oder in sonstiger geeigneter Weise bestätigen.

7. Ausbildungsbezogene Tätigkeiten

der/dem Auszubildenden nur Aufgaben zu übertragen, die dem Ausbildungszweck dienen und ihren/seinen körperlichen Kräften angemessen sind.

8. Sorgepflicht

dafür zu sorgen, dass die/der Auszubildende charakterlich gefördert sowie sittlich und körperlich nicht gefährdet wird.

9. Ärztliche Untersuchungen

sich von der/dem jugendlichen Auszubildenden Bescheinigungen gemäß Jugendarbeitsschutzgesetz darüber vorlegen zu lassen, dass diese/dieser

a) vor der Aufnahme der Ausbildung untersucht und

b) vor Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres nachuntersucht worden ist.

10. Eintragungsantrag

unverzüglich nach Abschluss des Berufsausbildungsvertrages die Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bei der zuständigen Handwerkskammer unter Beifügung der Vertragsniederschriften und - bei Auszubildenden unter 18 Jahren - eine Kopie der ärztlichen Bescheinigung über die Erstuntersuchung gemäß § 32 Jugendarbeitsschutzgesetz zu beantragen; Gleiches gilt bei späteren Änderungen wesentlicher Vertragsinhalte. Die Gebühr für die Eintragung des Berufsausbildungsvertrages in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse trägt die/der Auszubildende (Betrieb).

11. Zulassung zur Prüfung

die/den Auszubildende/n im Rahmen einer gemäß § 11 dieses Vertrages erteilten Ermächtigung rechtzeitig zu den angesetzten Zwischen-, Gesellen- und Abschlussprüfungen oder zum ersten und zweiten Teil einer gestreckten Prüfung anzumelden und für die Teilnahme freizustellen sowie die Prüfungsgebühren zu bezahlen. Bei der Anmeldung zur Zwischenprüfung oder zum ersten Teil einer Gesellen- oder Abschlussprüfung ist bei Auszubildenden unter 18 Jahren die ärztliche Bescheinigung (Original oder Kopie) über die erste Nachuntersuchung gemäß JArbSchG beizufügen; die/der Auszubildende erhalten eine Kopie des Antrag.

§ 3 Pflichten der/des Auszubildenden

Die/der Auszubildende hat sich zu bemühen, die berufliche Handlungsfähigkeit zu erwerben, die erforderlich ist, um das Ausbildungsziel zu erreichen. Die/der Auszubildende verpflichtet sich,

1. Lernpflicht

die im Rahmen ihrer/seiner Berufsausbildung aufgetragenen Aufgaben sorgfältig auszuführen.

2. Berufsschulunterricht, Prüfungen und sonstige Maßnahmen

am Berufsschulunterricht und an Prüfungen sowie an Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte teilzunehmen, für die sie/er nach § 2 Nr. 5 freigestellt bzw. nicht beschäftigt wird.

3. Weisungsgebundenheit

den Weisungen zu folgen, die ihr/ihm im Rahmen der Berufsausbildung vom Auszubildenden, von der Ausbilderin/ vom Ausbilder oder von anderen Personen, soweit sie als weisungsberechtigt bekannt gemacht worden sind, erteilt werden.

4. Betriebliche Ordnung

die für die Ausbildungsstätte geltende Ordnung zu beachten.

5. Sorgfaltspflicht

Werkzeug, Maschinen und sonstige Einrichtungen pfleglich zu behandeln und sie nur zu den ihr/ihm übertragenen Arbeiten zu verwenden.

6. Betriebsgeheimnisse

über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Stillschweigen zu wahren.

7. Führung von schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweisen (Berichtsheft)

die vorgeschriebenen schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweise ordnungsgemäß zu führen und regelmäßig vorzulegen.

8. Benachrichtigung

bei Fernbleiben von der betrieblichen Ausbildung, vom Berufsschulunterricht oder von sonstigen Ausbildungsveranstaltungen der/dem Auszubildenden unter Angabe von Gründen und der voraussichtlichen Dauer unverzüglich Nachricht zu geben.

Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als 3 Kalendertage, hat die/der Auszubildende eine ärztliche Bescheinigung über die bestehende Arbeitsunfähigkeit sowie deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem darauffolgenden Arbeitstag vorzulegen. Die/der Auszubildende ist berechtigt, die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher zu verlangen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

9. Ärztliche Untersuchung

soweit auf sie/ihn die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes Anwendung finden, sich ärztlich

a) vor Beginn der Ausbildung untersuchen zu lassen

b) vor Ablauf des ersten Ausbildungsjahres nachuntersuchen zu lassen und die Bescheinigung hierüber der/dem Auszubildenden vorzulegen.

10. Nebentätigkeiten

eine beabsichtigte oder zu Beginn des Berufsausbildungsverhältnisses bestehende Nebentätigkeit der/dem Auszubildenden unverzüglich anzeigen. Genehmigungspflichtig sind hierbei Tätigkeiten, die geeignet sind, das Berufsausbildungsverhältnis zu beeinträchtigen.

Diesem Berufsausbildungsvertrag liegt eine Aufstellung über die sachliche und zeitliche Gliederung des Berufsausbildungsablaufs bei.

¹ Die Buchstaben verweisen auf den Text der ersten Vertragsseite.

§ 4 Ort der Ausbildung/Ausbildungsstätten

Die Ausbildung findet vorbehaltlich der Regelung nach § 3 Nr. 2 in Verbindung mit § 2 Nr. 5 in der genannten Ausbildungsstätte und den mit dem Betriebsitz bzw. den für die Ausbildung üblicherweise zusammenhängenden Bau-, Montage- und sonstigen Arbeitsstellen statt. Wird die/der Jugendliche an eine dieser Stellen entsandt, bei der die tägliche Rückkehr unzumutbar ist, so gilt die Zustimmung zur auswärtigen Unterbringung durch den gesetzlichen Vertreter als erteilt.

§ 5 Vergütung und sonstige Leistungen

1. Tarifliche Vergütung

Soweit Vergütungen tariflich geregelt und anwendbar (siehe F1) oder nach § 11 vereinbart sind, gelten die tariflichen Sätze.

2. Fälligkeit (Höhe siehe D')

Die Vergütung wird spätestens am letzten Arbeitstag des Monats gezahlt. Das auf die Urlaubszeit entfallende Entgelt (Urlaubsentgelt) wird vor Antritt des Urlaubs ausgezahlt. Die Beiträge für die Sozialversicherung tragen die Vertragsschließenden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Eine über die vereinbarte regelmäßige Ausbildungszeit hinausgehende Beschäftigung ist besonders zu vergüten oder durch entsprechende Freizeit auszugleichen.

3. Sachleistungen

Soweit die/der Auszubildende der/dem Auszubildenden Kost und/oder Wohnung gewährt, gilt die Regelung des § 17 Abs. 6 BBiG.

4. Kosten für Maßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte

Die/der Auszubildende trägt die Kosten für Maßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte gemäß § 2 Nr. 5, soweit sie nicht anderweitig gedeckt sind. Dazu gehören neben den Unterbringungs- auch die Fahrtkosten. Ist eine auswärtige Unterbringung erforderlich, so können der/dem Auszubildenden anteilige Kosten für Verpflegung in dem Umfang in Rechnung gestellt werden, in dem dieser Kosten einspart. Die Anrechnung von anteiligen Kosten und Sachbezugswerten darf 75 % der vereinbarten Bruttovergütung nicht übersteigen. Kosten, die durch den Besuch der Berufsschule entstehen, werden nicht von der/vom Auszubildenden getragen.

5. Berufskleidung

Wird von der/vom Auszubildenden eine besondere betriebstypische Berufskleidung vorgeschrieben, so wird sie der/dem Auszubildenden zur Verfügung gestellt.

6. Fortzahlung der Vergütung

Der/dem Auszubildenden ist die Vergütung auch zu zahlen
a) für die Zeit der Freistellung gemäß § 2 Nr. 5 und 11 dieses Vertrages sowie gemäß Jugendarbeitsschutzgesetz an dem Arbeitstag, der der schriftlichen Abschlussprüfung unmittelbar vorausgeht, ferner für die nach dem Gesetz erforderlichen ärztlichen Untersuchungen;
b) bis zur Dauer von 6 Wochen, wenn sie/er
– sich für die Berufsausbildung bereithält, diese aber ausfällt,
– aus einem sonstigen in seiner Person liegenden Grund unverschuldet verhindert ist, ihre/seine Pflichten aus dem Berufsausbildungsverhältnis zu erfüllen. Im Übrigen gilt das Entgeltfortzahlungsgesetz.

§ 6 Ausbildungszeit und Urlaub

1. Ausbildungszeit (siehe C')

Bei noch nicht 18 Jahre alten Personen sind die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu beachten. Die höchstzulässige tägliche Beschäftigungszeit beträgt 8 Stunden.

Wenn jedoch im Betrieb die Arbeitszeit an einzelnen Werktagen auf weniger als 8 Stunden verkürzt ist, können Jugendliche an den übrigen Werktagen derselben Woche 8 ½ Stunden beschäftigt werden. Die höchstzulässige wöchentliche Beschäftigungszeit beträgt bei noch nicht 18 Jahre alten Personen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz 40 Stunden; wenn eine tariflich günstigere Regelung zur Anwendung kommt, gilt diese. Die Ausbildung kann auf Antrag gemäß § 7a und § 8 Abs. 1 BBiG in Teilzeit durchgeführt werden.

2. Urlaub (siehe E')

Soweit nicht günstigere Urlaubsregelungen zur Anwendung kommen, besteht ein jährlicher Urlaubsanspruch von mindestens

30 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 16 Jahre alt ist,

von mindestens

27 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 17 Jahre alt ist,

von mindestens

25 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 18 Jahre alt ist,

von mindestens

24 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat.

Werktage sind alle Tage, außer Sonn- und gesetzliche Feiertage. Endet die Ausbildung, nach erfüllter Wartezeit von 6 Monaten, nach dem 30.06., hat die/der Auszubildende Anspruch auf den gesamten gesetzlichen Jahresurlaub. Der Urlaub soll zusammenhängend und in der Zeit der Berufsschulferien erteilt und genommen werden. Während des Urlaubs darf die/der Auszubildende keine dem Urlaubszweck widersprechende Erwerbsarbeit leisten.

§ 7 Kündigung

1. Kündigung während der Probezeit

Während der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis ohne Einhalten einer Kündigungsfrist und ohne Angabe von Gründen gekündigt werden.

2. Kündigungsgründe

Nach der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis nur gekündigt werden

a) aus einem wichtigen Grund ohne Einhalten einer Kündigungsfrist,

b) von der/vom Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen, wenn sie/er die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen will.

3. Form der Kündigung

Die Kündigung muss schriftlich, im Falle § 7 Nr. 2 unter Angabe der Kündigungsgründe erfolgen.

4. Unwirksamkeit einer Kündigung

Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist unwirksam, wenn die ihr zugrunde liegenden Tatsachen dem zur Kündigung Berechtigten länger als 2 Wochen bekannt sind. Ist ein Güterverfahren gemäß § 9 eingeleitet, so wird bis zu dessen Beendigung der Lauf der Frist gehemmt.

5. Aufgabe des Betriebs, Wegfall der Ausbildungsseignung

Bei Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses wegen Betriebsaufgabe oder wegen Wegfalls der Ausbildungsseignung verpflichtet sich die/der Auszubildende, sich mit Hilfe der Berufsberatung der zuständigen Agentur für Arbeit rechtzeitig um eine weitere Ausbildung im bisherigen Ausbildungsberuf in einer anderen geeigneten Ausbildungsstätte zu bemühen.

§ 8 Betriebliches Zeugnis

Die/der Auszubildende hat der/dem Auszubildenden bei Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses ein Zeugnis auszustellen. Hat die/der Auszubildende die Berufsausbildung nicht selbst durchgeführt, so soll auch die/der Ausbilderin/Ausbilder das Zeugnis unterschreiben. Es muss Angaben enthalten über Art, Dauer und Ziel der Berufsausbildung sowie über die erworbenen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten der/des Auszubildenden. Auf Verlangen der/des Auszubildenden sind auch Angaben über Verhalten und Leistung aufzunehmen.

§ 9 Beilegung von Streitigkeiten

Für alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten ist vor Inanspruchnahme des Arbeitsgerichts der Ausschuss für Lehrlingsstreitigkeiten der örtlich zuständigen Innung bzw. der Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und nicht handwerklichen Auszubildenden der Handwerkskammer Hannover anzuführen, sofern ein solcher Ausschuss besteht. Dies gilt nicht, sofern Ansprüche aus dem Ausbildungsverhältnis erst nach dessen Beendigung geltend gemacht werden.

§ 10 Erfüllungsort

Erfüllungsort für alle Ansprüche aus diesem Vertrag ist der Ort der Ausbildungsstätte.

§ 11 Ermächtigung zur Beantragung der Zulassung sowie sonstige Vereinbarungen

Der/die Auszubildende ermächtigt die/den Auszubildende/n, in ihrem/seinem Namen den Antrag auf Zulassung zu Prüfungen im Rahmen der Ausbildung zu stellen; siehe näher § 2 Nummer 11 dieses Vertrags. Die Pflicht des/ der Auszubildenden, sich selbst um die Prüfungszulassung zu bemühen, bleibt davon unberührt. Rechtswirksame Nebenabreden, die das Berufsausbildungsverhältnis betreffen, können nur durch schriftliche Ergänzung unter F¹ dieses Berufsausbildungsvertrages getroffen werden.



Berufsausbildungsvertrag

Zwischen dem **Ausbildungsbetrieb** (Ausbildenden)**

und dem **Auszubildenden****

Betriebsnr. nach § 18 I SGB IV Betriebsnr. (Handwerkskammer)

Firma / Name

Straße, Haus-Nr.

PLZ Ort

Telefon / Fax

E-Mail

Ausbilder Name, Vorname

Ausbildungsstätte, wenn vom Betriebssitz abweichend:

Ausbildungsstätte Straße, Haus-Nr. Ausbildungsstätte Telefon

Ausbildungsstätte PLZ Ausbildungsstätte Ort

Geburtsdatum Staatsangehörigkeit Geschlecht

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ Ort

Telefon / E-Mail

Ärztliche Erstuntersuchung ☐ ja ☐ nein ☐ muss beigefügt sein, wenn noch nicht 18 Jahre alt (§ 32 Abs.1 JArbSchG) ☐ nicht beigefügt, da volljährig

Gesetzlicher Vertreter #1

Art Gesetzlicher Vertreter

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

Gesetzlicher Vertreter #2

Art Gesetzlicher Vertreter

Name, Vorname

Straße, Haus-Nr.

PLZ, Ort

wird nachstehender Vertrag zur Ausbildung
im Ausbildungsberuf

ggf. mit Fachrichtung/Schwerpunkt

ggf. Wahlpflichtbaustein

nach Maßgabe der Ausbildungsordnung geschlossen. Die Führung des Ausbildungsnachweises (Berichtsheft) erfolgt: ☐ schriftlich ☐ elektronisch

A Die **Ausbildungszeit** beträgt nach der Ausbildungsordnung

☐ 3 1/2 Jahre = 42 Monate ☐ 3 Jahre = 36 Monate ☐ 2 Jahre = 24 Monate = Monate

Ausbildungsform: Durch die Teilzeit verlängert sich der Vertrag um Monate

Diese Ausbildungszeit verringert sich durch: (Nachweise bitte in Kopie beifügen)

☐ Vorherige Ausbildung als/bei Firma / Ort vom bis - Monate

☐ Berufliche Vorbildung - Monate

☐ Andere Gründe (Sek. I-Realschulabschluss, Fach-/Hochschulreife, Alter über 21) - Monate / Tage

(Maximale Verkürzung aufgrund Sek. I-Realschulabschluss 6 Monate, aufgrund Fach-/Hochschulreife 12 Monate)

somit dauert die **tatsächliche Ausbildungszeit** vom (Beginn) bis (Ende) = Monate

B Die **Probezeit** beträgt ☐ 1 Monat ☐ 2 Monate ☐ 3 Monate ☐ 4 Monate

C Die regelmäßige **tägl.** Ausbildungszeit beträgt Std. Min., die regelmäßige **wöchentl.** Ausbildungszeit beträgt Std. Min.

D Der Auszubildende zahlt dem Auszubildenden eine angemessene **Vergütung** (§ 5). Diese beträgt zurzeit monatlich brutto:

€ Im 1. Ausbildungsjahr € Im 2. Ausbildungsjahr € Im 3. Ausbildungsjahr € Im 4. Ausbildungsjahr

Für das Gewerk des/der Ausbildungsbetriebes besteht kein Tarifvertrag.

☐ Die Vergütung setzt sich aus verschiedenen Bestandteilen, die in einer Anlage zum Ausbildungsvertrag (s. Feld F) aufgeführt werden, zusammen.

E Die **Urlaubsdauer** richtet sich mind. nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz, dem Bundesurlaubsgesetz bzw. nach den anzuwendenden Tarifverträgen. Der Ausbildungsbetrieb gewährt dem Auszubildenden nachfolgend aufgeführten Urlaub. Es besteht Anspruch auf:

Kalenderjahr

F **Sonstige Vereinbarungen** (siehe § 11); Hinweise auf anzuwendende **Tarifverträge**, Betriebsvereinbarungen (siehe § 11);
Angaben zur Zusammensetzung der Vergütung

*) Das Ausfüllen der weiß hinterlegten Felder ist freiwillig. **) Aus Lesbarkeitsgründen wird auf die weibliche Form verzichtet.

Die vorstehenden und nachfolgenden Vereinbarungen/Erklärungen sind Gegenstand dieses Vertrags und werden anerkannt. Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben wird bestätigt. Ich erteile meine Einwilligung zur Speicherung, Übermittlung, Veränderung und Löschung aller mit diesem Vertrag mitgeteilten Daten zur Verwendung im Rahmen der HWO § 28 und der §§ 35, 87 und 88 BBiG, von deren Inhalt ich Kenntnis genommen habe.

☒ Ort, Datum ☒ Lehrling (Auszubildender) – Unterschrift

☒ Ausbildungsbetrieb (Ausbildender) – Unterschrift/ Stempel ☒ Gesetzlicher Vertreter 1 – Unterschrift ☒ Gesetzlicher Vertreter 2 – Unterschrift

Weitere Vertragsbestimmungen

§ 1 Ausbildungsdauer

1. Verkürzung der Ausbildungsdauer (siehe A')

Eine vorhergehende Berufsausbildung kann auf die Ausbildungsdauer angerechnet werden, sofern die dem Vertrag zugrunde liegende Ausbildungsordnung eine Anrechnungsmöglichkeit nach § 26 Abs. 2 Nr. 4 HwO oder § 5 Abs. 2 Nr. 4 BBiG vorsieht.

Die Länder können durch Rechtsverordnung bestimmen, ob Bewerberinnen/Bewerber einen Rechtsanspruch auf Anrechnung beruflicher Vorbildung durch Besuch eines Bildungsganges berufsbildender Schulen oder der Berufsausbildung in einer sonstigen Einrichtung haben bzw. ob eine obligatorische Anrechnung erfolgt. Spätestens ab 1. August 2009 bedarf eine Anrechnung des gemeinsamen Antrages der Auszubildenden und Auszubildenden (§ 7 BBiG).

Nach § 27c Abs. 1 HwO bzw. § 8 Abs. 1 BBiG hat die Handwerkskammer auf gemeinsamen Antrag der/des Auszubildenden und Auszubildenden die Ausbildungsdauer zu verkürzen, wenn zu erwarten ist, dass das Ausbildungsziel in der verkürzten Zeit erreicht wird.

2. Dauer und Probezeit (siehe A' und B')

Wird die Ausbildung während der Probezeit um mehr als ein Drittel dieser Zeit unterbrochen, so verlängert sich die Probezeit um den Zeitraum der Unterbrechung.

3. Vorzeitige Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses

Besteht die/der Auszubildende vor Ablauf der unter A' vereinbarten Ausbildungszeit die Gesellenprüfung/ Abschlussprüfung, so endet das Berufsausbildungsverhältnis mit Bekanntgabe der Ergebnisse durch den Prüfungsausschuss.

4. Verlängerung des Berufsausbildungsverhältnisses

Besteht die/der Auszubildende die Gesellenprüfung/Abschlussprüfung nicht, so verlängert sich das Berufsausbildungsverhältnis auf sein Verlangen bis zur nächstmöglichen Wiederholungsprüfung, höchstens um ein Jahr.

§ 2 Pflichten des Auszubildenden

Die/der Auszubildende verpflichtet sich,

1. Ausbildungsziel

dafür zu sorgen, dass der/dem Auszubildenden die berufliche Handlungsfähigkeit vermittelt wird, die zum Erreichen des Ausbildungsziels nach der Ausbildungsordnung erforderlich ist, und die Berufsausbildung nach den beigefügten Angaben zur sachlichen und zeitlichen Gliederung des Ausbildungsablaufs so durchzuführen, dass das Ausbildungsziel in der vorgesehenen Ausbildungszeit erreicht werden kann.

2. Ausbilderin/Ausbilder

selbst auszubilden oder eine/einen persönlich und fachlich geeignete/n Ausbilderin/Ausbilder ausdrücklich damit zu beauftragen und diese/diesen der/dem Auszubildenden jeweils schriftlich bekannt zu geben. Unter der Verantwortung der Ausbilderin oder des Ausbilders kann bei der Berufsausbildung mitwirken, wer selbst nicht Ausbilderin oder Ausbilder ist, aber die für die Vermittlung von Ausbildungsinhalten erforderlichen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten besitzt und persönlich geeignet ist.

3. Ausbildungsordnung

der/dem Auszubildenden vor Beginn der Ausbildung die Ausbildungsordnung kostenlos auszuhandigen.

4. Ausbildungsmittel

Der/dem Auszubildenden kostenlos die Ausbildungsmittel, insbesondere Werkzeuge, Werkstoffe und Fachliteratur zur Verfügung zu stellen, die für die Ausbildung in den betrieblichen und überbetrieblichen Ausbildungsstätten und zum Ablegen von Zwischen- und Gesellenprüfungen/Abschlussprüfungen, auch soweit solche nach Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses und in zeitlichem Zusammenhang damit stattfindend, erforderlich sind.

5. Besuch der Berufsschule und von Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte (überbetriebliche Unterweisung), Prüfungen

die Auszubildenden zum Besuch der Berufsschule und zum Besuch von angeordneten Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte anzuhalten und freizustellen bzw. nicht zu beschäftigen. Auszubildende für die Teilnahme an Prüfungen und an dem Arbeitstag, der der schriftlichen Gesellenprüfung/Abschlussprüfung vorangeht, freizustellen.

6. Führung von schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweisen

schriftliche oder elektronische Ausbildungsnachweise der/dem Auszubildenden für die Berufsausbildung kostenfrei zur Verfügung zu stellen und ihr/ihm Gelegenheit zu geben, die Ausbildungsnachweise während der Ausbildung am Arbeitsplatz zu führen. Die Auszubildenden zum ordnungsgemäßen Führen der Ausbildungsnachweise anzuhalten und dies durch regelmäßige Attestierungen oder in sonstiger geeigneter Weise bestätigen.

7. Ausbildungsbezogene Tätigkeiten

der/dem Auszubildenden nur Aufgaben zu übertragen, die dem Ausbildungszweck dienen und ihren/seinen körperlichen Kräften angemessen sind.

8. Sorgepflicht

dafür zu sorgen, dass die/der Auszubildende charakterlich gefördert sowie sittlich und körperlich nicht gefährdet wird.

9. Ärztliche Untersuchungen

sich von der/dem jugendlichen Auszubildenden Bescheinigungen gemäß Jugendarbeitsschutzgesetz darüber vorlegen zu lassen, dass diese/dieser

a) vor der Aufnahme der Ausbildung untersucht und

b) vor Ablauf des ersten Beschäftigungsjahres nachuntersucht worden ist.

10. Eintragungsantrag

unverzüglich nach Abschluss des Berufsausbildungsvertrages die Eintragung in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse bei der zuständigen Handwerkskammer unter Beifügung der Vertragsniederschriften und - bei Auszubildenden unter 18 Jahren - eine Kopie der ärztlichen Bescheinigung über die Erstuntersuchung gemäß § 32 Jugendarbeitsschutzgesetz zu beantragen; Gleiches gilt bei späteren Änderungen wesentlicher Vertragsinhalte. Die Gebühr für die Eintragung des Berufsausbildungsvertrages in das Verzeichnis der Berufsausbildungsverhältnisse trägt die/der Auszubildende (Betrieb).

11. Zulassung zur Prüfung

die/den Auszubildende/n im Rahmen einer gemäß § 11 dieses Vertrages erteilten Ermächtigung rechtzeitig zu den angesetzten Zwischen-, Gesellen- und Abschlussprüfungen oder zum ersten und zweiten Teil einer gestreckten Prüfung anzumelden und für die Teilnahme freizustellen sowie die Prüfungsgebühren zu bezahlen. Bei der Anmeldung zur Zwischenprüfung oder zum ersten Teil einer Gesellen- oder Abschlussprüfung ist bei Auszubildenden unter 18 Jahren die ärztliche Bescheinigung (Original oder Kopie) über die erste Nachuntersuchung gemäß JArbSchG beizufügen; die/der Auszubildende erhalten eine Kopie des Antrag.

§ 3 Pflichten der/des Auszubildenden

Die/der Auszubildende hat sich zu bemühen, die berufliche Handlungsfähigkeit zu erwerben, die erforderlich ist, um das Ausbildungsziel zu erreichen. Die/der Auszubildende verpflichtet sich,

1. Lernpflicht

die im Rahmen ihrer/seiner Berufsausbildung aufgetragenen Aufgaben sorgfältig auszuführen.

2. Berufsschulunterricht, Prüfungen und sonstige Maßnahmen

am Berufsschulunterricht und an Prüfungen sowie an Ausbildungsmaßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte teilzunehmen, für die sie/er nach § 2 Nr. 5 freigestellt bzw. nicht beschäftigt wird.

3. Weisungsgebundenheit

den Weisungen zu folgen, die ihr/ihm im Rahmen der Berufsausbildung vom Auszubildenden, von der Ausbilderin/ vom Ausbilder oder von anderen Personen, soweit sie als weisungsberechtigt bekannt gemacht worden sind, erteilt werden.

4. Betriebliche Ordnung

die für die Ausbildungsstätte geltende Ordnung zu beachten.

5. Sorgfaltspflicht

Werkzeug, Maschinen und sonstige Einrichtungen pfleglich zu behandeln und sie nur zu den ihr/ihm übertragenen Arbeiten zu verwenden.

6. Betriebsgeheimnisse

über Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse Stillschweigen zu wahren.

7. Führung von schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweisen (Berichtsheft)

die vorgeschriebenen schriftlichen oder elektronischen Ausbildungsnachweise ordnungsgemäß zu führen und regelmäßig vorzulegen.

8. Benachrichtigung

bei Fernbleiben von der betrieblichen Ausbildung, vom Berufsschulunterricht oder von sonstigen Ausbildungsveranstaltungen der/dem Auszubildenden unter Angabe von Gründen und der voraussichtlichen Dauer unverzüglich Nachricht zu geben.

Dauert die Arbeitsunfähigkeit länger als 3 Kalendertage, hat die/der Auszubildende eine ärztliche Bescheinigung über die bestehende Arbeitsunfähigkeit sowie deren voraussichtliche Dauer spätestens an dem darauffolgenden Arbeitstag vorzulegen. Die/der Auszubildende ist berechtigt, die Vorlage der ärztlichen Bescheinigung früher zu verlangen. Im Übrigen gelten die gesetzlichen Bestimmungen.

9. Ärztliche Untersuchung

soweit auf sie/ihn die Bestimmungen des Jugendarbeitsschutzgesetzes Anwendung finden, sich ärztlich

a) vor Beginn der Ausbildung untersuchen zu lassen

b) vor Ablauf des ersten Ausbildungsjahres nachuntersuchen zu lassen und die Bescheinigung hierüber der/dem Auszubildenden vorzulegen.

10. Nebentätigkeiten

eine beabsichtigte oder zu Beginn des Berufsausbildungsverhältnisses bestehende Nebentätigkeit der/dem Auszubildenden unverzüglich anzeigen. Genehmigungspflichtig sind hierbei Tätigkeiten, die geeignet sind, das Berufsausbildungsverhältnis zu beeinträchtigen.

Diesem Berufsausbildungsvertrag liegt eine Aufstellung über die sachliche und zeitliche Gliederung des Berufsausbildungsablaufs bei.

¹ Die Buchstaben verweisen auf den Text der ersten Vertragsseite.

§ 4 Ort der Ausbildung/Ausbildungsstätten

Die Ausbildung findet vorbehaltlich der Regelung nach § 3 Nr. 2 in Verbindung mit § 2 Nr. 5 in der genannten Ausbildungsstätte und den mit dem Betriebsitz bzw. den für die Ausbildung üblicherweise zusammenhängenden Bau-, Montage- und sonstigen Arbeitsstellen statt. Wird die/der Jugendliche an eine dieser Stellen entsandt, bei der die tägliche Rückkehr unzumutbar ist, so gilt die Zustimmung zur auswärtigen Unterbringung durch den gesetzlichen Vertreter als erteilt.

§ 5 Vergütung und sonstige Leistungen

1. Tarifliche Vergütung

Soweit Vergütungen tariflich geregelt und anwendbar (siehe F1) oder nach § 11 vereinbart sind, gelten die tariflichen Sätze.

2. Fälligkeit (Höhe siehe D')

Die Vergütung wird spätestens am letzten Arbeitstag des Monats gezahlt. Das auf die Urlaubszeit entfallende Entgelt (Urlaubsentgelt) wird vor Antritt des Urlaubs ausgezahlt. Die Beiträge für die Sozialversicherung tragen die Vertragsschließenden nach Maßgabe der gesetzlichen Bestimmungen. Eine über die vereinbarte regelmäßige Ausbildungszeit hinausgehende Beschäftigung ist besonders zu vergüten oder durch entsprechende Freizeit auszugleichen.

3. Sachleistungen

Soweit die/der Auszubildende der/dem Auszubildenden Kost und/oder Wohnung gewährt, gilt die Regelung des § 17 Abs. 6 BBiG.

4. Kosten für Maßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte

Die/der Auszubildende trägt die Kosten für Maßnahmen außerhalb der Ausbildungsstätte gemäß § 2 Nr. 5, soweit sie nicht anderweitig gedeckt sind. Dazu gehören neben den Unterbringungs- auch die Fahrtkosten. Ist eine auswärtige Unterbringung erforderlich, so können der/dem Auszubildenden anteilige Kosten für Verpflegung in dem Umfang in Rechnung gestellt werden, in dem dieser Kosten einspart. Die Anrechnung von anteiligen Kosten und Sachbezugswerten darf 75 % der vereinbarten Bruttovergütung nicht übersteigen. Kosten, die durch den Besuch der Berufsschule entstehen, werden nicht von der/vom Auszubildenden getragen.

5. Berufskleidung

Wird von der/vom Auszubildenden eine besondere betriebstypische Berufskleidung vorgeschrieben, so wird sie der/dem Auszubildenden zur Verfügung gestellt.

6. Fortzahlung der Vergütung

Der/dem Auszubildenden ist die Vergütung auch zu zahlen für die Zeit der Freistellung gemäß § 2 Nr. 5 und 11 dieses Vertrages sowie gemäß Jugendarbeitsschutzgesetz an dem Arbeitstag, der der schriftlichen Abschlussprüfung unmittelbar vorausgeht, ferner für die nach dem Gesetz erforderlichen ärztlichen Untersuchungen; b) bis zur Dauer von 6 Wochen, wenn sie/er – sich für die Berufsausbildung bereithält, diese aber ausfällt, – aus einem sonstigen in seiner Person liegenden Grund unverschuldet verhindert ist, ihre/seine Pflichten aus dem Berufsausbildungsverhältnis zu erfüllen. Im Übrigen gilt das Entgeltfortzahlungsgesetz.

§ 6 Ausbildungszeit und Urlaub

1. Ausbildungszeit (siehe C')

Bei noch nicht 18 Jahre alten Personen sind die Vorschriften des Jugendarbeitsschutzgesetzes zu beachten. Die höchstzulässige tägliche Beschäftigungszeit beträgt 8 Stunden.

Wenn jedoch im Betrieb die Arbeitszeit an einzelnen Werktagen auf weniger als 8 Stunden verkürzt ist, können Jugendliche an den übrigen Werktagen derselben Woche 8 ½ Stunden beschäftigt werden. Die höchstzulässige wöchentliche Beschäftigungszeit beträgt bei noch nicht 18 Jahre alten Personen nach dem Jugendarbeitsschutzgesetz 40 Stunden; wenn eine tariflich günstigere Regelung zur Anwendung kommt, gilt diese. Die Ausbildung kann auf Antrag gemäß § 7a und § 8 Abs. 1 BBiG in Teilzeit durchgeführt werden.

2. Urlaub (siehe E')

Soweit nicht günstigere Urlaubsregelungen zur Anwendung kommen, besteht ein jährlicher Urlaubsanspruch von mindestens

30 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 16 Jahre alt ist,

von mindestens

27 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 17 Jahre alt ist,

von mindestens

25 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres noch nicht 18 Jahre alt ist,

von mindestens

24 Werktagen, wenn die bzw. der Jugendliche zu Beginn des Kalenderjahres das 18. Lebensjahr bereits vollendet hat.

Werktage sind alle Tage, außer Sonn- und gesetzliche Feiertage. Endet die Ausbildung, nach erfüllter Wartezeit von 6 Monaten, nach dem 30.06., hat die/der Auszubildende Anspruch auf den gesamten gesetzlichen Jahresurlaub. Der Urlaub soll zusammenhängend und in der Zeit der Berufsschulferien erteilt und genommen werden. Während des Urlaubs darf die/der Auszubildende keine dem Urlaubszweck widersprechende Erwerbsarbeit leisten.

§ 7 Kündigung

1. Kündigung während der Probezeit

Während der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis ohne Einhalten einer Kündigungsfrist und ohne Angabe von Gründen gekündigt werden.

2. Kündigungsgründe

Nach der Probezeit kann das Berufsausbildungsverhältnis nur gekündigt werden

a) aus einem wichtigen Grund ohne Einhalten einer Kündigungsfrist,

b) von der/vom Auszubildenden mit einer Kündigungsfrist von 4 Wochen, wenn sie/er die Berufsausbildung aufgeben oder sich für eine andere Berufstätigkeit ausbilden lassen will.

3. Form der Kündigung

Die Kündigung muss schriftlich, im Falle § 7 Nr. 2 unter Angabe der Kündigungsgründe erfolgen.

4. Unwirksamkeit einer Kündigung

Eine Kündigung aus einem wichtigen Grund ist unwirksam, wenn die ihr zugrunde liegenden Tatsachen dem zur Kündigung Berechtigten länger als 2 Wochen bekannt sind. Ist ein Güterverfahren gemäß § 9 eingeleitet, so wird bis zu dessen Beendigung der Lauf der Frist gehemmt.

5. Aufgabe des Betriebs, Wegfall der Ausbildungsseignung

Bei Kündigung des Berufsausbildungsverhältnisses wegen Betriebsaufgabe oder wegen Wegfalls der Ausbildungsseignung verpflichtet sich die/der Auszubildende, sich mit Hilfe der Berufsberatung der zuständigen Agentur für Arbeit rechtzeitig um eine weitere Ausbildung im bisherigen Ausbildungsberuf in einer anderen geeigneten Ausbildungsstätte zu bemühen.

§ 8 Betriebliches Zeugnis

Die/der Auszubildende hat der/dem Auszubildenden bei Beendigung des Berufsausbildungsverhältnisses ein Zeugnis auszustellen. Hat die/der Auszubildende die Berufsausbildung nicht selbst durchgeführt, so soll auch die/der Ausbilderin/Ausbilder das Zeugnis unterschreiben. Es muss Angaben enthalten über Art, Dauer und Ziel der Berufsausbildung sowie über die erworbenen beruflichen Fertigkeiten, Kenntnisse und Fähigkeiten der/des Auszubildenden. Auf Verlangen der/des Auszubildenden sind auch Angaben über Verhalten und Leistung aufzunehmen.

§ 9 Beilegung von Streitigkeiten

Für alle aus diesem Vertrag entstehenden Streitigkeiten ist vor Inanspruchnahme des Arbeitsgerichts der Ausschuss für Lehrlingsstreitigkeiten der örtlich zuständigen Innung bzw. der Ausschuss zur Beilegung von Streitigkeiten zwischen Auszubildenden und nicht handwerklichen Auszubildenden der Handwerkskammer Hannover anzuführen, sofern ein solcher Ausschuss besteht. Dies gilt nicht, sofern Ansprüche aus dem Ausbildungsverhältnis erst nach dessen Beendigung geltend gemacht werden.

§ 10 Erfüllungsort

Erfüllungsort für alle Ansprüche aus diesem Vertrag ist der Ort der Ausbildungsstätte.

§ 11 Ermächtigung zur Beantragung der Zulassung sowie sonstige Vereinbarungen

Der/die Auszubildende ermächtigt die/den Auszubildende/n, in ihrem/seinem Namen den Antrag auf Zulassung zu Prüfungen im Rahmen der Ausbildung zu stellen; siehe näher § 2 Nummer 11 dieses Vertrags. Die Pflicht des/ der Auszubildenden, sich selbst um die Prüfungszulassung zu bemühen, bleibt davon unberührt. Rechtswirksame Nebenabreden, die das Berufsausbildungsverhältnis betreffen, können nur durch schriftliche Ergänzung unter F¹ dieses Berufsausbildungsvertrages getroffen werden.

Handwerkskammer Hannover Berliner Allee 17 30175 Hannover	keine Angabe
---	--------------

Berufsausbildungsvertrag

Bitte haben Sie Verständnis dafür, dass wir ohne vollständige Unterlagen den Berufsausbildungsvertrag nicht bearbeiten bzw. eintragen können.

Fügen Sie bitte alle erforderlichen Nachweise (siehe unten) bei.

Beigefügt erhalten Sie die Unterlagen zur Eintragung in die Lehrlingsrolle.

- ☐ Berufsausbildungsvertrag (4-fach) und Vertragsbedingungen (3-fach)
- ☐ Vom Betrieb unterschriebenen Antrag auf Eintragung im Original (wir benötigen diesen mit Originalunterschrift).
- ☐ Kopie der gültigen Erst- bzw. Nachuntersuchung nach Jugendarbeitsschutzgesetz (bei minderjährigen Auszubildenden).
Hinweis: Ohne gültige Erst- bzw. Nachuntersuchung nach Jugendarbeitsschutzgesetz dürfen Sie den Jugendlichen nicht beschäftigen.
- ☐ Kopie der Anrechnungsnachweise auf die Ausbildungszeit (z.B. Zeugnisse, etc.).
- ☐ Kopie der vollständigen Ausbilderunterlagen (z.B. Meisterprüfungszeugnis und Kopie vom Arbeitsvertrag), sofern uns diese noch nicht vorliegen.

Mit freundlichen Grüßen

Anlagen